

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Gemeinde Tholey - Eigenbetrieb Freizeit- und Fremdenverkehrsbetrieb -

Im Kloster 1

Tholey

66636

Deutschland

Kontaktstelle(n): Bieterfragen zum Teilnahmewettbewerb ausschließlich über die Vergabepattform subreport ELViS

E-Mail: Nicht.per.Email@keine.eux

NUTS-Code: DEC0

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.tholey.de

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E49634882>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E49634882>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Andere Tätigkeit: Freizeit und Fremdenverkehr

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Integrale Planung für die "Sanierung des Erlebnisbads Schaumberg" in Tholey

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71240000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Der Eigenbetrieb Freizeit- und Fremdenverkehrsbetrieb der Gemeinde Tholey ist Eigentümer des in ihrem Gebiet gelegenen Erlebnisbads Schaumberg. Seine heutige Gestalt erlangte das Erlebnisbad Schaumberg, dessen Bau 1974 begonnen wurde, mit verschiedenen Umbau- und Erweiterungen zunächst mit der im Jahr 2005 begonnenen römischen Inszenierung in Bad und Sauna, dem 2008 fertiggestellten Multifunktionsraum „Tablinium“ sowie im Jahr 2010 mit der Eröffnung des „Sauna Vicus“. Gegenstand der nun

vorgesehenen Sanierung sind vorrangig Maßnahmen im Bereich der Technischen Ausrüstung, vor allem der Wasseraufbereitung, der Lüftungstechnik, der Sanitärtechnik, der Heizungstechnik, der Mess-, Steuer- und Regelungstechnik sowie der Elektrotechnik. Außerdem sind bauliche Maßnahmen für den Brandschutz sowie für eine Attraktivierung und Sanierung vorgesehen.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEC06

Hauptort der Ausführung:

Tholey

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die durch den Auftragnehmer als integrales Planungsteam zu erbringende Planungsaufgabe umfasst die Sanierung des „Erlebnisbads Schaumberg“. Vorrangig geht es um eine Sanierung der Technischen Ausrüstung, insbesondere für folgende Bereiche:

- Wasseraufbereitung: Erneuerung der Filterschüttungen und Sanierung der Filter; Ersetzen der Pumpen durch Hocheffizienzpumpen mit Permanentmagnetmotoren und Frequenzumformer und Austausch der Messgeräte für Hygiene-parameter gegen Geräte der neuesten Generation mit der Möglichkeit bedarfsangepasster Regelung der Umwälzleistungen (Stromeinsparung); Neubau der Dosierstationen für die Wasserhygiene; Ergänzung von Marmorkiesreaktoren zur Reduzierung des Chemikalienverbrauchs
- Lüftungstechnik: Kompletterneuerung der Lüftungsgeräte für die Schwimmhalle; Modernisierung der Lüftungsgeräte für die Nebenräume
- Sanitärtechnik: Teilerneuerung des Trinkwassernetzes und Trinkwasserverteilung; Erneuerung der Warmwasserbereiter der einzelnen Bereiche; technische Umsetzung von Attraktivierungsmaßnahmen
- Heizungstechnik: hydraulische Optimierung der Heizungsanlage und Austausch verschiedener Pumpen und Armaturen; Erneuerung der Wärmezeugung
- Mess-, Steuer- und Regelungstechnik: Erneuerung der Regelung für Lüftungstechnische Anlagen, Badewassertechnik und Heizungs- / sanitärtechnische Anlagen
- Elektrotechnik: Erneuerung der Beleuchtung in der Schwimmhalle und der Unterwasserscheinwerfer, zur Attraktivierung der Schwimmhalle; Erneuerung bzw. Erweiterung sicherheitstechnischer Anlagen, Sicherheitsbeleuchtung, Brandmeldeanlage Hinzu kommen bauliche Maßnahmen:
- Brandschutz: Schaffung von Lagerräumen; brandschutztechnische Trennung von Bereichen
- Attraktivierungs- und Sanierungsmaßnahmen: Erneuerung von Fliesen wegen schlechter Rutschhemmung; Sanierung der bestehenden Rutsche; Dachsanierung; Beseitigung von diversen Schäden und optischen Mängeln; Attraktivierung Für die Realisierung der Baumaßnahmen (Kostengruppen 200-500) verfügt der Auftraggeber über ein Budget von insgesamt ca. 3,3 Mio. EUR ohne Umsatzsteuer. Diese teilen sich auf in Maßnahmen einer Umsetzungspriorität 1 mit einem Budget von ca. 2 Mio. EUR / netto und solchen einer Umsetzungspriorität 2 mit einem Budget von ca. 900.000 EUR / netto. Hinzu kommen möglicherweise weitere Maßnahmen einer sog. Umsetzungspriorität 3, für die bei Gewährung eines entsprechenden Zuschusses derzeit ein Budget von ca. 500.000 EUR / netto vorgesehen ist.

Die mit der Umsetzung der Sanierung verbundene Schließung des „Erlebnisbads Schaumberg“ muss aus Gründen der Vermeidung unnötiger Einnahmeausfälle sowie der Daseinsvorsorge insbesondere im Bereich des Schulschwimmens auf den geringstmöglichen Zeitraum begrenzt werden. Sofern möglich soll die Umsetzung

der Maßnahme darüber hinaus im Rahmen der vorliegenden Baugenehmigung durchgeführt werden. Ein neuer Bauantrag soll nur gestellt werden, wenn dies zwingend erforderlich ist.

Im Teilnahmewettbewerb werden 3 bis 5 geeignete Bieter (integrale Planungsteams) für das anschließende Verhandlungsverfahren ausgewählt.

Für die Verhandlung werden die Bieter aufgefordert, Lösungsansätze zur Fortsetzung der durch einen Dritten im Umfang der Leistungsphasen 1 und 2 bereits erstellten Planung, die den Bietern für Zwecke der Ausarbeitung ihres Angebots zur Verfügung gestellt werden wird, zu unterbreiten.

Erwartet werden integrale und nachhaltige Lösungsansätze, die insbesondere energetische, ökonomische und ökologische Aspekte in angemessener Weise beinhalten.

Der zu vergebende Gesamtauftrag besteht aus folgenden Fachbeiträgen:

- Fachplanung Technische Ausrüstung im Sinne von §§ 53 ff. HOAI – Anlagengruppen 1 bis 4, 7 und 8
- Objektplanung Gebäude im Sinne des § 34 HOAI
- Tragwerksplanung im Sinne des § 51 HOAI

Die jeweiligen anrechenbaren Kosten sind abhängig v. Entwurfskonzept und müssen im Rahmen der Verhandlung konkretisiert werden. Die Leistungsbilder richten sich nach dem erforderlichen und nachzuweisenden Bedarf.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 630 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 12

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung gemäß den Auswahlkriterien zugelassen.

Die Auswahl erfolgt anhand von zwei einzureichenden Referenzprojekten für den zu vergebenden Leistungsbereich der Technischen Ausrüstung (möglichst mit begleitenden Leistungsbereichen Objektplanung Gebäude und Tragwerksplanung).

Beide Projekte müssen mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 realisiert worden sein.

Gewertet werden nur Referenzprojekte, die folgende Mindestanforderungen erfüllen:

Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung im Fachgebiet Technische Ausrüstung (mind. LPH 3, 5, 6, 8 gemäß § 53 HOAI) eines Erlebnisbads oder einer Saunalandschaft.

Die Auswahl erfolgt nach folgenden Kriterien (je Referenz):

Vergleichbare Größe: max. 5,0 Punkte Vergleichbare Planungsaufgabe: max. 20,0 Punkte Vergleichbarer

Leistungsumfang: max. 4,0 Punkte Vorlage Referenzschreiben Bauherr: max. 1,0 Punkt.

Insgesamt können mit den zwei zu wertenden Referenzen zusammen maximal 60 Punkte (2 x 30) erreicht werden. Fehlende Angaben zu einem oder mehreren Auswahlkriterien führen zur Bewertung mit 0 Punkten bei dem jeweiligen Kriterium. Bewertet werden je Bewerber nur höchstens zwei Referenzen. Da der

Auftraggeber diese nicht auswählen kann, muss der Bewerber in dem Fall, dass er mehr als zwei Referenzen vorlegt, angeben, welche Referenzen in die Bewertung einbezogen werden sollen. Bewerbungen, die diese Anforderungen nicht berücksichtigen, müssen ausgeschlossen werden.

Um einen größeren Teilnehmerkreis ansprechen zu können und damit einen ausreichenden Wettbewerb zu gewährleisten, werden gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 Halbsatz 2 VgV auch Referenzen über einschlägige Dienstleistungen berücksichtigt, die mehr als drei Jahren zurückliegen.

Der Auswahlbogen, die Bewertungsmatrix und der Bewerbungsbogen werden digital zur Verfügung gestellt.

Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Verhandlung aufgefordert.

Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 Abs. 6 VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Es ist eine stufenweise Beauftragung beabsichtigt.

Die zu vergebenden Leistungen beginnen in den gegenständlichen Leistungsbildern mit denen der Entwurfsplanung (Leistungsphase 3).

Als erste Stufe werden sämtliche Leistungen, die für den Abschluss der Entwurfsplanung sowie – sofern eine solche beantragt werden muss - zur Erlangung einer Baugenehmigung erforderlich sind, beauftragt.

Die zweite Stufe umfasst folgende Leistungen:

- Fachplanung Technische Ausrüstung Leistungsphasen 5 bis 8 im Sinne von § 55 HOAI – Anlagengruppen 1 bis 4, 7 und 8
- Objektplanung Gebäude Leistungsphasen 5 bis 8 im Sinne des § 34 HOAI
- Tragwerksplanung Leistungsphasen 5 bis 6 im Sinne des § 51 HOAI

Die ggf. zu beauftragende Stufe 3 umfasst die Leistungen der Leistungsphase 9 in den Leistungsbildern Fachplanung Technische Ausrüstung und Objektplanung Gebäude. In allen Leistungsphasen kommt optional die Beauftragung Besonderer Leistungen (ggf. in noch vom Auftraggeber festzulegenden Stufen) in Betracht.

Die Leistungen der zweiten Leistungsstufe oder einzelne Teile der zu dieser gehörenden Leistungen kann der Auftraggeber später abrufen, und zwar entweder vollständig oder beschränkt auf bestimmte Einzelleistungen der Leistungsstufe oder Leistungen für einzelne Bauteile. Ein Rechtsanspruch des Auftragnehmers auf Abruf der weiteren Leistungsstufe besteht nicht.

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Bewerbergemeinschaften:

Die Teilnahme von Bewerbergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten.

Zusätzliche Angaben zu II.2.7): Laufzeit des Vertrages: 12 bis 15 Monate, ggf. zuzüglich Leistungsphase 9

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Es gelten folgende Mindestanforderungen:

Für die Durchführung der Leistungen werden gemäß § 75 Abs. 1 und 2 VgV folgende Berufsqualifikationen gefordert:

1. Technische Ausrüstung im Sinne von § 55 HOAI: (Beratende/r) Ingenieur/in 2. Objektplanung Gebäude im Sinne von § 34 HOAI: Architekt/in 3. Tragwerksplanung im Sinne von § 51 HOAI: (Beratende/r) Ingenieur/in Für die Punkte 1 bis 3 sind als Nachweise entweder die Eintragungen im jeweiligen Berufsregister bzw. Kammerorgan in Kopie vorzulegen, oder eine Bescheinigung, dass nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht die Berechtigung besteht, die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden.

Juristische Personen sind nach § 75 Abs. 3 VgV zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß den vorangegangenen Ausführungen benennen. Gleiches gilt bei Bietergemeinschaften.

Bewerber haben eine Erklärung, dass die in §§ 123 und 124 GWB genannten Ausschlussgründe nicht erfüllt sind (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmerentsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes und § 19 des Mindestlohngesetzes), vorzulegen.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Es gelten folgende Mindestanforderungen:

1) Erklärung über einen Mindestjahresumsatz für Tätigkeiten in den Bereichen Technische Ausrüstung oder Objektplanung Gebäude des Auftrags für die letzten drei Geschäftsjahre von im Mittel wenigstens 500.000 € ohne Umsatzsteuer.

2) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,0 Mio. € für Personenschäden, mind. 1,5 Mio. € für sonstige Schäden). Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben ist als Nachweis ausreichend. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung je Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

Bei Bietergemeinschaften (ARGE) muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherung aller ARGE-Mitglieder vorgelegt werden, wenn gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE mit-versichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE enthalten ist. In diesem Fall müssen die Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die jährliche Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung:

Beide Projekte müssen mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 oder 9 realisiert worden sein. Die Erfahrung aus vergleichbaren Projekten zeigt, dass auf Grund der speziellen Thematik sowie der Komplexität und Größe der Aufgabe der Bewerberkreis für die ausgeschriebene Leistung eingeschränkt ist. Um einen größeren Teilnehmerkreis ansprechen zu können und damit einen ausreichenden Wettbewerb zu gewährleisten, werden gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 Halbsatz 2 VgV auch Referenzen über einschlägige Dienstleistungen berücksichtigt, die mehr als drei Jahren zurückliegen.

Aus den eingereichten Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers / der Bewerberin hinsichtlich seiner / ihrer Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Die Referenzen sind unter Verwendung des bereitgestellten Auswahlbogens einzureichen. Jedes Referenzprojekt sollte möglichst auf max. 2 Blatt DIN A3 dargestellt werden.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

siehe oben III.1

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 21/03/2018

Ortszeit: 10:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 04/04/2018

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/06/2018

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

- Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Teilnahmeanträge von Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bewerber auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bewerber mit anderen Wirtschaftsteilnehmern Vereinbarungen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken. Dies gilt insbesondere auch für Bewerbergemeinschaften.

- Teilnahmeantrag

1. Der Bewerbungsbogen einschließlich der geforderten Angaben und Nachweise und der Schriftverkehr mit der Vergabestelle sind in deutscher Sprache abzufassen. Anträge in anderer Sprache werden ausgeschlossen.

2. Für den Teilnahmeantrag ist der von der Vergabestelle vorgesehene Bewerbungsbogen zu verwenden und an der dafür vorgesehenen Stelle zu unterschreiben. Nicht unterschriebene Bewerbungsbögen werden ausgeschlossen.

3. Der Bewerbungsbogen ist um die geforderten Angaben und Nachweise zu ergänzen.

Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

- Eignung Bewerber haben als Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- entweder die in der Auftragsbekanntmachung oder der Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages angegebenen Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise)

- oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) als vorläufigen Nachweis vorzulegen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Unterlagen/die EEE auch für diese abzugeben.

Gelangt der Teilnahmeantrag in die engere Wahl, sind Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

- Bewerbergemeinschaften

1. Bewerbergemeinschaften haben mit ihrem Bewerbungsbogen eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung gemäß VHB Formblatt 234 abzugeben, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

2. Bewerbergemeinschaften, die sich erst nach der Einreichung des Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen.

3. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft ist darzustellen. Die Funktionen und Zuständigkeiten der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft sind im Bewerbungsbogen, ggf. in einem Organigramm, welches dem Bewerbungsbogen beigelegt wird, anzugeben.

4. Ein Wechsel der Identität des Bewerbers oder der Bewerbergemeinschaft ist nicht zugelassen.

- Mehrfachbewerbungen

Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft können zum Ausschluss aller betroffenen Angebote führen, wenn der Bietergemeinschaft bzw. dem konkurrierenden Mitgliedsunternehmen oder Bietergemeinschaften der Nachweis, dass die Angebote vollkommen unabhängig voneinander erstellt wurden, nicht gelingt.

- Eignungsnachweis für andere Unternehmen.

Beabsichtigt der Bewerber, bei der Erfüllung eines Auftrages die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen, so hat er dies im Bewerbungsbogen anzugeben u. durch Vorlage entsprechender Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen (gemäß VHB Fb 236) mit dem Teilnahmeantrag nachzuweisen, dass ihm die erford. Kapazitäten (Mittel, Fähigkeiten) zur Verfügung stehen. Weiteres s. Vergabeunterlagen

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammern des Saarlandes

Franz-Josef-Röder-Straße 37

Saarbrücken

66119

Deutschland

Telefon: +49 6815014994

Fax: +49 6815013506

Internet-Adresse:<http://www.saarland.de/3339.htm>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Siehe § 160 Abs. 3 GWB:

Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nummer 2. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammern des Saarlandes

Franz-Josef-Röder-Straße 37

Saarbrücken

66119

Deutschland

Telefon: +49 6815014994

Fax: +49 6815013506

Internet-Adresse:<http://www.saarland.de/3339.htm>

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

16/02/2018